



Einbürgerung erleichtern –

Gemeinsames Thesenpapier

Die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationsbiografie finden im aktuellen Staatsangehörigkeitsrecht keine ausreichende Berücksichtigung. In Deutschland sind die Einbürgerungszahlen seit vielen Jahren auf einem niedrigen Niveau, obwohl die Einbürgerung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte von gesamtgesellschaftlichem Interesse ist. Sie ist maßgeblich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil das Zusammenleben dann auch verstärkt von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gestaltet werden kann.

Staatsangehörigkeitsgesetz reformieren und modernisieren

Damit Teilhabe und Mitwirkung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte gefördert werden können, müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehört insbesondere die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes, mit der die schnelle Einbürgerung gelingen kann. Wir fordern die Modernisierung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts. Sie ist dringend nötig, um die Chancen der gesellschaftlichen und politischen Partizipation eines immer größer werdenden Anteils der Bevölkerung in Deutschland zu gewährleisten.

Mehrstaatigkeit für alle ermöglichen

Insbesondere sollte die Mehrstaatigkeit für alle möglich sein. Identitäten und das Gefühl von kultureller Zugehörigkeit sind für Teile der Bevölkerung immer weniger an die Nationalität gebunden. Angesichts zunehmender internationaler Mobilität leben viele Menschen in grenzübergreifenden Familien- und Beziehungsnetzwerken. Ein Konzept von Staatszugehörigkeit ausschließlich zu einem Land entspricht unter diesen Bedingungen nicht mehr der Lebenswirklichkeit und ist durch Konzepte hybrider Nationalitäten zu ersetzen. Eine mehrfache Staatsbürgerschaft sollte somit grundsätzlich ermöglicht werden. Bei der Mehrzahl der Einbürgerungen wird sie in der Praxis bereits akzeptiert.

Attraktiv sein für internationale Fachpersonen durch modernes Staatsangehörigkeitsrecht - Mindestaufenthaltszeit verkürzen

Die Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts kann einen wesentlichen Baustein bei der Errichtung einer attraktiven Willkommenskultur darstellen. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist Deutschland auf Zuwanderung angewiesen, wobei es mit anderen Ländern im Wettbewerb um Fachkräfte aus dem Ausland steht. Dafür sollte es für den Anspruch auf Einbürgerung zu einer Verringerung der Mindestaufenthaltszeit von acht auf fünf Jahre kommen.

Jegliche Vorhaben zur Schaffung von attraktiven Bedingungen für entsprechende Zuwanderung werden übrigens mit Debatten unterminiert,

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Zentrum Migration und Soziales
Arbeitsfeld Migrationspolitische
Grundsatzfragen
Johannes Brandstätter
T +49 30 65211-1341
johannes.brandstaeter@diakonie.de
www.diakonie.de

Bundeskonzferenz der
Migrant*innenorganisationen
c/o Türkische Gemeinde in
Deutschland
Obentrautstr. 72
10963 Berlin

Cana Nurtsch
0151 74248664
info@bk-mo.de
www.bk-mo.de

Berlin, 14. Februar 2023

die durch rassistische Narrative den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Solche Narrative können den Nährboden für rassistische Gewalttaten darstellen und müssen vehement bekämpft werden.

In Deutschland geborene Kinder sind Deutsche

In Deutschland geborene Kinder von ausländischen Eltern, die sich bereits fünf Jahre in der Bundesrepublik aufgehalten haben, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit ohne jeglichen Vorbehalt erhalten.

Einbürgerung entbürokratisieren und beschleunigen

In den Bundesländern und sogar in den Landkreisen gibt es stark voneinander abweichende Einbürgerungsquoten, wobei der Grund dafür bei den Unterschieden in der Einbürgerungspraxis sowie der Personalausstattung der Einbürgerungsbehörden liegt. Vor diesem Hintergrund sollten eine stärkere Vereinheitlichung und eine Entbürokratisierung anvisiert werden.

Die langen Wartezeiten für Einbürgerungsgesuche absenken

Aus einer aktuellen Umfrage geht hervor: Von der Antragsstellung bis zur Einbürgerung vergehen in Deutschland bis zu drei Jahre. Demnach warten zurzeit mehr als 100.000 Einbürgerungswillige auf den deutschen Pass. Die Wartezeiten müssen durch bedarfsgerechte Personalausstattung verringert werden. Überdies sollte eine Einbürgerungskampagne flankierend zu einer Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes durchgeführt werden, um die Einbürgerungen zu befördern.

Den Doppelpass nicht durch Generationenschnitt beschneiden

Die Hinnahme der Mehrstaatigkeit muss dauerhaft erfolgen und darf nicht nur auf Zeit gewährt werden. insbesondere darf es keinen „Generationenschnitt“ geben, wonach ab der Enkelgeneration der Ersteingebürgerten sich Menschen dann für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen. Der Generationenschnitt würde in der Enkelgeneration zu einem Entscheidungszwang führen und ein aufwändig zu pflegendes Doppelpassregister erfordern. Dieser hätte nicht nur negative Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern würde eine kaum zu stemmende administrative Belastung für die Behörden darstellen.

Hintergrundinformation:

<https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-11-gathmann-monscheuer-et-al-einbuengerung-migranten-integration.pdf>